

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kurthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1830
Girokonto Riesa Nr. 82.

Nr. 73.

Sonnabend, 27. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig nach Post durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zum Ableben des früheren Reichskanzlers Fehrenbach.

Freiburg, 26. März. Der frühere Reichskanzler Konstantin Fehrenbach ist, wie wir bereits gestern berichtet haben, wenige Minuten vor 3 Uhr launlos entschlafen, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Im Sterbezimmer weilten sämtliche Angehörigen des Verstorbenen.

Wie wir über die letzten Stunden des früheren Reichskanzlers Fehrenbach noch erfahren, traten gestern früh infolge einer Verschleimung der Lunge Atembeschwerden ein, unter denen der Sterbende noch einige Zeit sehr zu leiden hatte. Gegen 11 Uhr wurde ihm eine letzte Injektion gegeben. Kurz vor 3 Uhr ist Fehrenbach dann, wie gemeldet, launlos entschlafen. Das Gesicht des Heimgegangenen zeigt trotz des langen Krankheitsprozesses keinerlei Zeichen des Verfalls.

Konstantin Fehrenbach war nie das, was man heute im landläufigen Sinne unter einem Parlamentarier des nachrevolutionären Deutschlands zu verstehen hat. Er war kein Freund des Parteischicksals, des politischen Ruhmhandels und der Intrigen. Gradlinig in seinem Charakter, keck entschlossen, das zu vertreten, was ihm Überzeugung war, ehrlich in seinem Handeln, war er so eine Persönlichkeit, die auch seinen politischen Gegnern Achtung und Bewunderung abrang.

Fehrenbach ist im Jahre 1852 in Wellingen, einem kleinen Schwarzwaldort, geboren. Sein Vater war ein Volksschullehrer, ein schlichter, gottesfürchtiger Mann, der nur das eine Ziel kannte: seinen Sohn Priester werden zu lassen. Der junge Konstantin ging in Freiburg auf das Gymnasium und studierte dann auch gemäß dem Wunsch seines Vaters Theologie. Als die Tonsur bereits an ihm vollzogen war, besam er sich eines anderen und wurde Jurist. Als junger Anwalt tat sich Fehrenbach rasch hervor. Er wurde in Freiburg Stadtverordnetenvorsteher und einige Jahre später Stadtrat. Das katholische Volk von Freiburg schickte ihn in der Zwischenzeit in den Reichstag; in die zweite Wahlperiode wurde er in den Reichstag gewählt. In der Zentrumsfraktion hielt er sich zum demokratischen Flügel. Während der Baberndaffäre trat er zum erstenmal mit einer Reichstagsrede vor die große Öffentlichkeit. 1917 wurde er Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstages. 1918 löste er Dr. Kaempf als Reichstagspräsident ab. Die Revolution überraschte ihn in seiner Heimat. Wohl versuchte der damalige Reichstagspräsident Fehrenbach, durch ein Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten gegen die Abschaffung des Reichstages zu protestieren. Seine Beschwerde wurde nicht beachtet. Auf Grund der Neuwahlen wurde er wieder Mitglied der Nationalversammlung, die ihn auf Grund eines Kompromisses zwischen Sozialdemokraten und Zentrum zu ihrem Präsidenten wählte. Von Juli 1920 bis Mai 1921 war er dann Reichskanzler. Als sein Parteifreund Marx Reichskanzler wurde, wählte ihn die Reichstagsfraktion des Zentrums zu ihrem Vorsitzenden.

Bekanntmachung des Reichskanzlers auf Kosten der Stadt Freiburg.

Freiburg i. Br. Auf die Nachricht von dem Ableben des Reichskanzlers a. D. Alt-Stadtrat Konstantin Fehrenbach, der Ehrenbürger der Stadt Freiburg war, veranlaßte sich der Stadtrat alsbald zu einer außerordentlichen Sitzung, in der Oberbürgermeister Dr. Bender dem Verstorbenen mit warmen Worten einen tief empfundenen Nachruf widmete, den die Mitglieder des Stadtrates lebhaft entgegennahmen. Der Stadtrat beschloß einstimmig, die Bekämpfung als Angelegenheit der Stadt zu behandeln und sich geschloßlich an den Beisetzungsfeierlichkeiten zu beteiligen. Die Beisetzung findet am kommenden Montag 2½ Uhr nachmittags statt.

Berlin. In der am Montag nachmittags stattfindenden Beisetzungsfeierlichkeit des Reichskanzlers a. D. Fehrenbach, werden sich am Sonntag Abend Mitglieder der Reichsregierung, das Reichstagspräsidium, die Zentrumsfraktion und führende Persönlichkeiten anderer Parteien mit einem Sonderzug nach Freiburg begeben. Falls der Reichskanzler, der beabsichtigt, persönlich an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilzunehmen, durch den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Kamel in Berlin an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird er von dem dienstältesten Minister, dem Reichswehrminister Dr. Gehler vertreten werden. — Heute früh findet in der katholischen Kapelle des Invalidenhauses in Berlin eine vom Reichsarbeitsminister Dr. Brauns geleitete Messe für den Verstorbenen statt. Die große Trauerfeier für Fehrenbach im Plenarsitzungsraum des Reichstages, bei der der Parteivorstand, Reichsjustizminister Marx, die Gedanken hielten wird, wird am 2. Mai abgehalten werden.

Beileidstelegramm des Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichspräsident hat anlässlich des Ablebens des Reichskanzlers a. D. und Reichstagsabgeordneten Fehrenbach der Zentrumsfraktion des Reichstages folgendes Telegramm zugesandt:

„In dem schweren Verluste, der Sie durch den Tod Ihres Vorstehenden betroffen hat, spreche ich Ihnen mein herzlichstes Beileid aus. Ich werde dem trefflichen Manne, der, frei vom besten Willen befehle, dem Deutschen Volke in führenden Stellen treu gedient hat, ein ehrendes Andenken bewahren.“

Karlruhe. An die Tochter des früheren Reichskanzlers Fehrenbach, Frau Dr. Hesse geb. Fehrenbach in Freiburg, richtete Staatspräsident Traut folgendes Beileidstelegramm: „Zum Ableben Ihres Herrn Vaters, des Herrn Reichskanzlers Konstantin Fehrenbach, spreche ich Ihnen und Ihrer ganzen Familie namens der badiischen Regierung die aufrichtigste Teilnahme aus. Den reichen Verdiensten des Verstorbenen um die engere Heimat sowie um das teure Vaterland in seiner vielfährigen parlamentarischen Arbeit werden die verantwortlichen Stellen des Reiches ein dankbares und ehrenvolles Gedächtnis bewahren. An der Beisetzungsfeier werde ich teilnehmen. Staatspräsident Traut.“

Die Trauerfeier der Zentrumsfraktion.

Berlin. Kurz nachdem um 4.20 Uhr die Sitzung des Reichstages unterbrochen war, trat die Zentrumsfraktion des Reichstages zu einer kurzen Trauerfeier für den verstorbenen ersten Vorsitzenden Fehrenbach zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende von Gureard widmete dem Verstorbenen herzliche Worte des Gedenkens.

Das finanzielle Ergebnis des Steuerkompromisses.

Berlin. Die Senkung der Umsatzsteuer auf 0,75 Prozent wird auf das Jahr berechnet etwa 302 Millionen Einnahmeausfall für die Reichskasse ergeben, im Jahre 1926 aber noch etwas weniger, nämlich 278 Millionen, weil im April noch die Einnahme aus der Besteuerung mit 1 Prozent erfolgt. Der Ausfall bei der Senkung auf 0,6 Prozent in der ursprünglichen Regierungsvorlage war auf 500 Millionen Mark zu schätzen. Die Umsatzsteuer war mit 100 Millionen im Etat vorgesehen, ihre gänzliche Beseitigung bedingt also einen Ausfall von 100 Millionen, der sich aber ebenfalls bei Abrechnung des Aprilergebnisses im Jahre 1926 auf 92 Millionen stellen wird. Die Weinsteuern war mit 75 Millionen im Etat angesetzt, wovon ein Drittel an die Länder für Unterhaltung der Wägen zu überweisen war; die Beseitigung der Weinsteuern bringt demnach einen Ausfall von 50 Millionen für die Reichskasse. Es werden aber im Etatsjahr 1926 noch etwa 10 Millionen eingeheben. Durch die Verschiebung der Biersteuererhöhung, die nunmehr erst am 1. Januar 1927 in Kraft treten soll, wird ein Ausfall von 40 Millionen entstehen, während im Jahre 1927 die Biersteuererhöhung wieder voll eingeheben wird. Die Salzsteuer steht im Etat mit 17 Millionen; da noch etwas eintommen wird, ist der Ausfall im Jahre aus etwa 12 Millionen zu schätzen. Von dem Ausfall ist aber abzuziehen was an Schaumweinsteuer vom 1. Juli 1926 ab als Wanderrollesteuer eintommen. Die Wanderrollesteuer soll eine Wart pro Sektklahe betragen, das macht im Jahre eine Einnahme von 7 oder 8 Millionen aus, jedoch also vom 1. Juli etwa 5 Millionen eingeheben werden. Insgesamt wird der Ausfall für die Reichskasse 450 Millionen ausmachen. Sodann ergibt sich aus der Senkung der Zöllesteuer, welche zur Hälfte den Ländern überweisen werden muß, noch für den Reichsetat ein Verlustposten von 20 Millionen, jedoch die Reichskasse im Jahre 1926 150 bis 170 Millionen insgesamt einziehen wird.

Im Jahre 1927 wird sich vom fiskalischen Gesichtspunkt aus das Bild noch etwas günstiger stellen. Die Vorschriften über die Senkung der Vermögenssteuer bei den geringeren Vermögen und die Beseitigung der Luxussteuer, der Weinsteuern und der Salzsteuer treten am 1. April in Kraft, die neue Wanderrolle-Steuer am 1. Juli und die Biersteuererhöhung beginnt am 1. Januar 1927. Die Gemeindegeldsteuern sollen nach dem Finanzausgleichsgesetz am 1. April 1927 fort, es steht aber zugleich im Werk, daß die Gemeinden bis dahin die Steuern nicht neu einzahlen und nicht erhöhen dürfen. Von einer sofortigen Aufhebung der Gemeindegeldsteuern ist Abstand genommen worden mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage, gerade der Gemeinden, in den weitaus den Weinbaugebieten. Vorläufig bleiben also die Gemeindegeldsteuern, wo sie bereits bestehen, aber die Gefahr einer Erhöhung ist ausgeschlossen.

Vertagung der Fürstenabfindungsanträge.

Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik.

Berlin. Der Reichsausschuß des Reichstages legte am Freitag die Beratung der Anträge zur Fürstenabfindung fort. Zunächst verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Reichsfinanzministers, wonach die Beamten der Finanzverwaltung die Verhältnisse der Steuerpflichtigen, die sie dienstlich erfahren haben, strengstens geheimhalten müssen. Deshalb sei der Finanzminister aus Rechtsgründen nicht in der Lage, dem Wunsch des Reichsausschusses zu entsprechen, ihm von den Angaben der Fürsten gelegentlich des Wehrbeitrages Kenntnis zu geben.

Dierzu erklärte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.), seine Freunde würden sich eine Änderung des Gesetzes zu beantragen vorbehalten, wodurch eine Auskunft möglich gemacht werde. Ohne wesentliche Debatte nahm der Ausschuss einen sozialdemokratischen Antrag auf Auslösung aller Verfahren an, die bei deutschen Behörden über die Aufhebung von Familienverträgen ehemals regierender Fürstenhäuser anhängig sind oder werden.

In dieser Verbindung war vom Abg. Dr. Rosenfeld besonders darauf hingewiesen worden, daß die Gefahr bestehe, daß der Herzog von Gotha vor dem Erlaß des Reichs-

gesetzes neue Tatsachen schaffe. Zur Frage des verfassungsändernden Charakters des Entgeltungsantrages und des Kompromisses erklärte Justizminister Dr. Marx, das Kabinett sei gestern nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis gekommen, daß dem Ausschuss mitgeteilt werden solle, in welchen Bestimmungen der Anträge eine Verfassungsänderung zu sehen sei. Diese Auskunft könne aber erst nach den Osterferien beim Wiederauftritt am 20. April erteilt werden. Nach längerer Aussprache, in der von verschiedenen Rednern eine Beseitigung gewünscht worden war, sagte Dr. Marx eine frühere Beseitigung des Ausschusses zu, wenn das Kabinett vorher fertig gestellt worden sei. Hierauf wurde die Weiterberatung der ganzen Angelegenheit bis zum 30. April vertagt.

Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit der Vorlage über die Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik. Dazu lag ein Antrag Dr. Rosenfeld (Soz.) vor, der eine erleichterte Wiederaufnahme gegen Urteile des Staatsgerichtshofes in derselben Weise veranlaßt, wie sie der Reichstag gegenüber Urteilen der bayerischen Volksgerichte beschlossen hat. — Abg. Dr. Kirck (Komm.) beantragte die Wiederaufnahme aller Staatsgerichtspräsidenten, an denen der jetzt wegen verschiedener Straftaten verfolgte Landesgerichtsdirektor Jürgens mitgewirkt hat.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge abgelehnt und die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.

Botschafterkonferenz und Abrüstung.

Berlin. Die Botschafterkonferenz beschäftigt sich gegenwärtig in Paris mit der Frage der deutschen und der allgemeinen Abrüstung. Wie wir hören, ist der deutschen Regierung auch jetzt noch keine Mitteilung darüber zugegangen, ob die Entwaffnung Deutschlands von der Kontrollkommission und der Botschafterkonferenz als durchgeführt angesehen werden kann. In diplomatischen Kreisen hegt man aber keinen Zweifel darüber, daß nach dem in Genf vorliegenden Bericht an die Aufnahmekommission, in dem die Entwaffnung als durchgeführt bezeichnet wurde, keine gegenseitige Auffassung mehr möglich ist. Man erwartet, daß bei der vorgezeichneten Aussprache zwischen dem deutschen Botschafter von Hoersch und der französischen Regierung die Entwaffnungsfrage besprochen und dem Botschafter eine Note an die deutsche Regierung übergeben werden wird.

Bundeskanzler Dr. Kamel in Berlin.

Berlin. (Funkpruch.) Bundeskanzler Dr. Kamel ist heute vormittag 9 Uhr auf dem Kaiser Bahnhof eingetroffen. Zum Empfang waren erschienen der Reichsminister Dr. Stresemann, in Vertretung des Reichskanzlers der Staatssekretär von Kempner, ferner der österreichische Gesandte Dr. Frank und der tschechoslowakische Gesandte Dr. Krolta. Nach kurzen Begrüßungsworten und gegenseitiger Vorstellung begab sich Dr. Kamel nach der österreichischen Gesandtschaft.

Dr. Kamel über seine Berliner Reise.

London. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Kamel erklärte in einer Unterredung mit dem Wiener Berichterstatter des „Manchester Guardian“, sein Besuch in Berlin, der eine formelle Erwiderung der Besuche des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Marx und Dr. Stresemanns in Wien sei, bezwecke, die engen und herzlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in Zentraluropa zu betonen. Er habe während der Märztagung des Völkerbundes Gelegenheit gehabt, herauszufinden, wie freundschaftlich die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich seien, und seine Berliner Reise werde diese Freundschaft nur noch nachdrücklicher befestigen. Natürlich werde man auch die notwendige Entwicklung der Handelsbeziehungen mit dem Deutschen Reich erörtern.

Frühstück beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident gab heute zu Ehren des österreichischen Bundeskanzlers Herrn Dr. Kamel ein Frühstück, an dem außer der Begleitung des Bundeskanzlers und der Umgebung des Herrn Reichspräsidenten der apostolische Nuntius, der österreichische Gesandte, Reichstagspräsident Voche, Reichskanzler Dr. Lischer, Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. von Schubert teilnahmen.

Der Abbau bei der Reichsbahn beendet.

Berlin. Der weitere beabsichtigte Abbau des Reichsbahnpersonals wird wie wir aus unterrichteten Kreisen hören, nicht durchgeführt werden, da durch den in den letzten 14 Tagen stehenden Verkehr der Reichsbahn größere Mittel zugeflossen sind, als ursprünglich veranschlagt worden war. Die Reichsbahn hofft, daß das weitere Sinken der Erwerbslosenzahl um 5 Prozent ein Zeichen für die weitere Gesundung der deutschen Wirtschaft ist, deren Auswirkungen sich auch im Etat der Reichsbahn günstig spürbar machen werden.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade
Riesa a. Elbe. Fernruf 49.